



Elke Mack

Gerechtigkeit von globaler Reichweite.
Was hat das Christentum dazu zu sagen?

Gerechtigkeit von globaler Reichweite aus der Perspektive des Christentums

Das Thema erscheint so global, dass es nicht einfach ist, es nicht dilettantisch zu beantworten. Zunächst einmal wollen wir uns fragen, worauf ich die Frage der Gerechtigkeit beziehen soll: auf die Flüchtlings- und Migrationskrise in Europa, auf die verheerenden Kriege in Syrien und andere vielfältige militärischen Konflikte in der Welt. Ist es der internationale Terrorismus des IS, ausgelöst durch islamischen Fundamentalismus? Gravierendes Unrecht geschieht auch im Bereich Menschenhandel und bezüglich der Unterdrückung von Frauen in patriarchalen Gesellschaften, am schlimmsten in Pakistan, Bangladesch, Indien und in vielen arabischen Ländern sowie in großen Teilen Afrikas. Und nicht zuletzt ist die ökologische Frage als solche ein Hauptproblem der Menschheit, also die krassen Folgen von Umweltverschmutzung und Klimaerwärmung, weil sie Menschen und Tieren die notwendigen Lebensgrundlagen rauben. Letztlich lassen sich viele dieser Probleme auf absolute, also krasse, lebensbedrohliche Armut zurückführen, die den Menschen als ausweglose Zwangslage keine Spielräume gibt, um jenseits der Sorge um die tägliche Nahrungsaufnahme, sich ein besseres Leben aufzubauen.

Ihnen allen ist dies bekannt. Was kann eine christliche Gerechtigkeitstheoretikerin hierauf Neues antworten? Zunächst einmal sollte uns klar sein, dass es in der Theorie um eine relativ neue Fragestellung, auch in der Ethik geht, nämlich die Gerechtigkeit auf das universal Ganze der Welt zu beziehen und nicht nur auf innerstaatliche Gerechtigkeit zwischen den Bürgern einer Nation. Erst seit der Globalisierung und dem ausgehenden 20. Jahrhundert wird die Gerechtigkeitsfrage und damit die Ethik auch wirklich eine globale. Wir haben es mit einem doppelten Paradigmenwechsel zu tun.

Die Gerechtigkeitsfrage dehnt sich *erstens* weltweit auf eine Verantwortung gegenüber allen Menschen hin aus, unabhängig von ihrer Nationalität, ihrer Religion, ihrer Kultur und ihrer Rasse und ihrer kontinentalen Zugehörigkeit. Wir kommen also weg vom alten Nationalstaatsdenken, zumindest in der wissenschaftlichen Ethik (politisch rechte Bewegungen als retardierende Momente, die die Angst der Menschen vor Verlust ihrer Identität und Sicherheit).

Zweitens erstreckt sich die Gerechtigkeitsfrage nicht mehr nur auf die Beziehungen zwischen Staaten, sondern auf Beziehungen zwischen Individuen aller Hautfarbe, sozialen Stellung und Herkunft, unabhängig davon, welchem Staat er oder sie angehören.

Globale Gerechtigkeit ist deshalb definiert als die „Gesamtheit aller Gerechtigkeitsansprüche, die vernünftigerweise an internationale Netzwerke und die globale Weltordnung gestellt werden können“ (Peter, Koller 2006). Wir fragen also auch als Wissenschaftler nicht mehr aus dem

westlichen, abendländischen Elfenbeinturm, was wäre denn für die menschliche Person und ihren Würdeanspruch abstrakt gerecht? Vielmehr stellen jetzt viele, ja die meisten Menschen aus allen Teilen der Welt, vor allem die Armen und Unterdrückten, Gerechtigkeitsansprüche an andere auf gleicher Augenhöhe – nämlich vor allem an die westlich wohlhabende Welt. Die Menschenrechte werden global eingefordert, nicht nur gegenüber dem eigenen Staat, sondern gegenüber der Völkergemeinschaft. Und endlich wird das Wirklichkeit, was Kant schon 1795 in seinem kleine preußischen Königsberg gespürt hat, wenn er in seiner Schrift *Zum ewigen Frieden* schrieb, dass "eine Rechtsverletzung an einem Platz der Erde an allen anderen gefühlt wird" (341-386). Und genau diese extreme *Verletzbarkeit aller Menschen*, der Schwachen, Unterdrückten, Leidenden und der unschuldigen Opfer ist das Motiv, warum globale Gerechtigkeit keine naive Kompetenzanmaßung von Gutmenschen oder gutmeinenden Christen mehr ist.

Insbesondere seit der Jahrtausendwende, einem Zeitpunkt, zu dem auch Ökonomen der Weltwirtschaft bescheinigen, dass Armut zum ersten Mal in der Weltgeschichte rein quantitativ beseitigt werden könnte, ist globale Gerechtigkeit eine Frage des praktischen kollektiven Willens. Sie scheitert nicht mehr an der Grenze der Machbarkeit, denn globale Gerechtigkeit ist möglich. Das Motto dieser Veranstaltung: Vom Können ausgehend, über das Sollen zum Wollen dreht Kant bewusst um. Da wir gerecht sein können, entsteht ein globaler Imperativ, für den wir auch Verantwortung übernehmen wollen. Dieser Zusammenhang zeugt auch global von einem seriösen wissenschaftlichen Anspruch, der nicht nur unter Christen, formuliert wird. Denn das, was wir können, sollten wir auch wollen.

1. Globale Problemanalyse

Analytisch ist es schwierig, überhaupt über globale Gerechtigkeit zu sprechen, weil die Situation so komplex ist. Wir beobachten einerseits einen noch nie dagewesenen Reichtum in der Welt und einen wichtigen, empirisch nachweislichen Fortschritt: Es gibt eine gewaltige globale Armutsreduktion.

Die ökonomische Globalisierung ist ein Prozess, der in den vergangenen Jahrzehnten vor allem westliche Industriestaaten und ihre gesamte Bevölkerung bis hin zu den relativ Armen dieser Länder betroffen hat. Hier wurden überproportionale Vermögenszuwächse bei Einzelpersonen und Unternehmen verzeichnet. Weiterhin haben die Mittel- und Oberschichten in Schwellenländern viel profitiert sowie manche Oberschicht in Entwicklungsländern. Ungefähr drei Viertel der Menschheit wurden in die weltweite Arbeitsteilung inkludiert. Ökonomen ziehen

deshalb die Schlussfolgerung, dass in den letzten Jahrzehnten die „Globalisierung zweifellos einen beispiellosen Zuwachs an weltweitem Lebensstandard möglich gemacht“ (Althammer) hat. Aber waren diese Vermögenszuwächse auch gerecht verteilt oder gab es erhebliche Verlierer?

Hauptverlierer der Globalisierung sind vor allem die Afrikaner südlich der Sahara, weil sie bislang nicht wirklich an globalen Wohlstandszuwächsen partizipieren konnten. Dies liegt an extremen Bevölkerungszuwächsen, aber auch an der mangelnden Kapitalausstattung, dem mangelnden Humankapital, schlechten Standortbedingungen, an schlechter Politik und dem instabilen oder intransparenten Rechtssystem dieser Länder.

Durch die unterschiedliche Entwicklung zwischen Industriestaaten bzw. Schwellenländern und mehr agrarisch geprägten Entwicklungsländern entsteht eine scheinbar immer größere Schere des globalen Wohlstandsniveaus, bedingt durch die unterschiedlichen Geschwindigkeiten der Wohlstandszuwächse in den verschiedenen Ländern der Erde. Die Kluft ist erheblich und hat am unteren Ende krasse Konsequenzen für die Lebenserwartung und das Überleben von Menschen. Denn die durchschnittliche Lebenserwartung in manchen Ländern Afrikas liegt unter 50 Jahren. Mit 80% der weltweit fast 6 Millionen Toten, hat Afrika die höchste Sterblichkeitsrate von Kindern unter fünf Jahren. Und die Wahrscheinlichkeit durch das Gebären von Kindern zu sterben, nämlich die Müttersterblichkeit, liegt in ganz Afrika immer noch am höchsten, nämlich bei ca. 1:36. Das sind die eigentlichen Ungerechtigkeiten in dieser Welt, die, wenn nicht gänzlich, doch auch immer durch ökonomische Unterentwicklung bedingt und seit kurzem auch durch ökologisch bedingten Mangel mitinduziert sind (Wasserknappheit macht sich stark bemerkbar). Dies führt mich zu der Schlussfolgerung: In der westlichen Welt bedeutet Ungleichheit relative Armut und geringere Lebenserwartung, in Entwicklungsländern ist sie oft tödlich und führt zu frühzeitigem, eigentlich vermeidbarem Sterben.

Trotz dieser ungleichen Lebensbedingungen in der Welt, gibt es noch keinen Grund zu Kulturpessimismus. Denn, wie bereits erwähnt, sind nie in der Geschichte der Menschheit in so kurzer Zeit so viele Arme der Armut entkommen wie in den letzten Jahrzehnten. Seit 1988 hat sich der Prozentsatz der Armen von 44 Prozent der Weltbevölkerung auf 23 Prozent reduziert. 1990 waren nach Zahlen der Weltbank noch 43% der Weltbevölkerung absolut arm, 2016 liegt der Anteil der absolut Armen bei rund 10 Prozent. Die Anzahl dieser Menschen, die wirklich in miserabelsten Zuständen leben, die sich kaum einer von uns hier vorstellen kann, ist von fast 2 Milliarden Menschen zu Beginn der 90er Jahre auf rund 700 Millionen Menschen zum heutigen Zeitpunkt gesunken. Es sind folglich große Teile der Menschheit an der *Basis der Pyramide* seit den letzten Jahrzehnten der ganz krassen, überlebensbedrohlichen Armut entkommen, die

vorher als absolut arm gelten mussten. Der wichtigste empirisch nachweisbare Fortschritt der Gegenwartsgeschichte seit 200 Jahren ist diese globale Wohlfahrtssteigerung, die seit den Zeiten der Industrialisierung um 1800 bis heute beständig stattfand, sich jedoch seit 1980 vehement gesteigert hat.

Aber es gibt auch Kehrseiten, die dieser Entwicklung zuwider laufen: Die Anzahl der Menschen, die zwischen 1,25 und 2\$ leben, ist von 648 Millionen auf 1,18 Milliarden gestiegen. Und das können rein quantitativ nicht nur die ehemals absolut armen Menschen sein, sondern lässt auf andere Arten von Verarmungsprozessen in der unteren Mittelschicht von Entwicklungsländern schließen, deren Ursachen noch sehr ungewiss sind. Es handelt sich vor allem um Regionen in Schwarzafrika, südlich der Sahara, wo Armut, absolut betrachtet, eher zugenommen hat. Hier ist es zweifelhaft, ob die Prognose der Weltbank von der Auslöschung absoluter Armut bis zur Mitte des 21. Jahrhunderts greifen wird. Denn auch die Weltbank geht von einer verfestigten, pfadabhängigen und extrem ungleichen Verteilung von Armut weltweit aus, die sich vor allem auf Afrika konzentriert.

Analoges müssen wir für die Ungleichheit der Vermögenskonzentration weltweit feststellen: Menschen aus den reichsten Ländern der Erde besitzen laut vielfältiger Untersuchungen rund 80 Prozent des globalen Vermögens, wohingegen 40 Prozent der Weltbevölkerung aus Entwicklungsländern nur **ein** ganzes Prozent (!) des globalen Vermögens besitzen. Dementsprechend gibt es keinen Zweifel in der volkswirtschaftlichen Verteilungstheorie, dass es einen dominanten Zusammenhang zwischen dem nationalen Reichtum von Staaten und dem individuellem Wohlergehen von Bürgern in diesen Staaten gibt. Die Ärmsten in den reichen Staaten sind auch bezüglich ihrer Kaufkraft deutlich reicher als die meisten Reichen in den armen Staaten (Hartz IV in D bedeutet auch in Kaufkraftparitäten mehr als das Einkommen der meisten Vermögenden in Afrika). Das bedeutet, dass mit dem Wohlstandsniveau eines Landes, auch dessen Arme reicher werden und/oder der Armut entkommen können. Mindestens die Hälfte der Ungleichheiten im Einkommen hängen nämlich vom Durchschnittseinkommen des eigenen Landes ab, in dem jemand lebt. Geburts- bzw. Lebensort bzw. die Nationalität ist entscheidend für die durchschnittliche Lebensdauer, das durchschnittliche materielle Wohlergehen und die Gefahr der vorzeitigen Sterblichkeit von Menschen. Deshalb kann die Bekämpfung von Armut nicht unabhängig vom volkswirtschaftlichen Gedeihen des Landes gesehen werden, in dem diese Menschen wohnen und leben. Bei einer durchschnittlichen Einkommenssteigerung eines Landes kommt es normalerweise auch zu einer darauffolgenden Besserstellung aller Bewohner dieses Landes, auch der Armen – unter der einschränkenden Voraussetzung, dass es sich um Staaten handelt, in denen Menschen nicht in rechtlosen

Bedingungen, sozialer Chancenlosigkeit, Knechtschaft oder Sklaverei gehalten werden, sondern das Finanzwesen und soziale Institutionen für einen gewissen, gerechten Ausgleich sorgen sowie wirtschaftliche Ausbeutung verhindern. Weltweit und wirtschaftshistorisch betrachtet ist die späte Globalisierung ab 2000 die erste Phase seit der Industrialisierung, in der die Durchschnittseinkommen der Menschen und der Länder weltweit *konvergieren, sich also annähern*. Die Gründe liegen darin, dass das Wachstum in armen Ländern und vor allem Schwellenländern durchschnittlich höher liegt wie in reichen Ländern, einfach weil die Produktionszuwächse schneller und leichter möglich sind wie in hochtechnisierten Industriegesellschaften. Dies führt weltweit langsam zu einer Angleichung der Lebensbedingungen. Wichtig ist jedoch für die Zukunft, dass die Steigerung der Produktivität in Afrika das exorbitante Bevölkerungswachstum überkompensiert und eine qualitative landwirtschaftliche Optimierung genauso wie die Zunahme der Herstellung von öffentlichen Gütern proportional zur Bevölkerungsgröße wächst. Ebenso wichtig ist, dass die Partizipation der afrikanischen Wirtschaft an globalen Tauschprozessen nicht erst dann erfolgt, wenn die Arbeitskosten in Asien sich deutlich steigern konnten. Es wird deshalb unter entwicklungsethischer Rücksicht eine Bevorzugung der untersten Milliarde in Afrika angeraten.

Rein analytisch positiv für ein langsames Angleichen der Wohlstandsniveaus weltweit ist in jedem Fall, dass die externe Annäherung im Rahmen der Globalisierung, die in vielen Fällen hinderliche interne Divergenz der Ungleichheit innerhalb von Ländern überkompensiert.

2. Ethische-pragmatische Konsequenzen

Der Prozess weltweiter ökonomischer und sozialer Angleichung, von dem die seriöse Ökonomie und speziell die Entwicklungsökonomie ausgeht, ist allerdings aus einer ethischen Perspektive, in der jeder vermeidbare Tod und jedes vermeidbare Leiden ein Übel darstellt, deutlich zu langsam. Man könnte sagen: Langfristig leben wir alle im Wohlstand, wenn wir nicht vorher gestorben sind – was an sich bereits zynisch ist. Die weltweite Ungleichheit ist gerechtigkeitstheoretisch betrachtet immer noch deutlich zu groß. Es ist nicht einsehbar, warum Menschen in manchen Teilen der Erde so leiden müssen, wohingegen wir im Überfluss schwelgen.

Für endlos viel Millionen von Kindern, Müttern und armen Männern wird dieser Wohlstandsanpassungsprozess ebenso wie eine geeignete globale Ökologiepolitik einfach zu spät kommen. Das führt mich zu dem Schluss, dass nachhaltiges Wohlstandswachstum weltweit erheblich zugunsten der Armen und Ärmsten in der Welt beschleunigt werden müsste. Eine

verstärkte und gezielt armutsreduzierende Zusammenarbeit westlicher Industriestaaten mit armen Ländern ist überfällig und dringend notwendig.

Insbesondere eine Bevorzugung Afrikas muss nicht nur aus Migrationsgründen von Seiten Europas angedacht werden, sondern im Rahmen einer weltweiten Rettungsaktion zur Vermeidung frühzeitigen Todes aufgrund der Gleichheit ihres Würdestatus als Menschen. Denn Afrika südlich der Sahara wird ohne unserer Hilfe erst dann konkurrenzfähig, wenn Asien Löhne hat wie die westliche Welt. Und dieser Prozess würde noch Dekaden der bittersten Armut und Entbehrung für eine sich bis zur Jahrhundertmitte verdoppelnden afrikanischen Bevölkerung bedeuten.

Die verteilungstheoretische Verbesserung in Form einer Reduktion von globaler Ungleichheit könnte in drei Formen vonstattengehen:

- a. Ein stärkeres, ökologisch nachhaltiges Wachstum dieser Länder mit Hilfe wirtschaftlicher Zusammenarbeit durch westliche Länder und Unternehmen, so dass damit eine überproportionale Steigerung des Pro-Kopf-Einkommens in armen Ländern in Relation zu reichen Ländern erreicht wird, verbunden mit der notwendigen politisch zu steuernden Umverteilung und Reichtumspartizipation aller Schichten innerhalb dieser Länder.
- b. Erhebliche Transfers und Investitionen von reichen in arme Länder: auch über Direktinvestitionen, Arbeitsteilung, fairen Handel und/oder durch Entwicklungshilfe (solidarische Mittel, aber z.Z. nur 100 Milliarden \$ pro Jahr, die Effektivität ist sehr umstritten).

Nun ist das eigentliche Problem von a.+b. Es geht nur unter guten politischen Bedingungen im Entwicklungsland und dem Aufbau einer sozialen Weltwirtschaftsordnung und das *dauert lange!* Deshalb gibt es eine dritte Möglichkeit, die vielen Europäern Angst macht.

- c. Migration von armen in reiche Länder. Das heißt: Entweder die Armen werden schnell dort reicher, wo sie leben, oder sie wählen Option c, um am Wohlstand zu partizipieren (Afrika > 1 Milliarde Menschen, die sich bis zur Mitte dieses Jahrhundert verdoppelt und erheblichen Migrationsdruck in Richtung Europa hat). Insofern ist die drohende Migration eventuell der Kairos für eine eigenmotivierte Entwicklungshilfe und Entwicklungszusammenarbeit nach dem Modell a+b.

Der eigentliche entwicklungsethische und ökologische Bewusstseinswandel in westlichen Industriestaaten steht jedoch noch aus: Es reicht überhaupt nicht, die Grenzen zu Europa dicht

zu machen. Jede Grenzen ist letztlich irgendwann überwindbar. Vielmehr muss uns grundsätzlich deutlich werden, dass die Bewahrung des Reichtums westlicher Länder, ebenso wie unser verschwenderisches Lebensmodell vergleichbar mit Standesprivilegien in den Gesellschaften früherer Jahrhunderte ist. Der volkswirtschaftliche Reichtum eines Landes wird vererbt auf alle Angehörigen der eigenen Nation. Es müsste uns im Westen bewusst sein, dass wir alle – also auch die Zivilgesellschaft mit jedem/jeder von uns - durch mangelnde globale Solidarität die Ungleichheit weltweit weiter zementieren, nicht nur „die Wirtschaft“, oder „die Unternehmer“, also dadurch, dass wir alle die Armen nicht an unserem Reichtum partizipieren lassen.

Eine global gerechtere Verteilung erfordert zuvor ein Bewusstsein für den Wohlstands-Chauvinismus der westlichen Welt, ebenso wie für nicht universalisierbare Lebens- und Ernährungsmodelle in reichen Ländern, welches jegliche bisherige globale Solidarität konterkarieren. Denn die bisherige Entwicklungshilfe bleibt unterschwellig und unser Ressourcenverbrauch würde den Planeten zerstören, würde jeder der sieben Milliarden Menschen dieser Erde genauso leben wie wir. Erst nach einem Bewusstseinswandel für diese, meist unbewusste Privilegierung unserer selbst, wird es ein moralisches Motiv für einen Ausgleich weltweiten Reichtums geben, der nicht nur im klassischen Sinn ökonomiegetrieben ist.

Historisch betrachtet haben sich immer dann Möglichkeiten für große politische Verbesserungen aufgetan, wenn erheblicher wirtschaftlicher und politischer Druck entstand, der auf die Privilegierten existenzbedrohlich wirkte. Sozialmoral ist immer nur Vorreiter und Ideengeber, wird aber politisch zumeist erst dann umgesetzt, wenn sie auch eigennützig motiviert wird. Nun gibt es für Europa zumindest ein historisches *Momentum*, das globale Gerechtigkeit befördern könnte, nämlich die Massenmigration, geleitet durch den Wunsch eines großen unterprivilegierten Teiles der Menschheit, an unserem Reichtum zu partizipieren oder sich in Sicherheit zu bringen.

Durch den globalen Migrationsdruck, der auch durch eine Festung Europa kaum gebannt werden wird, besteht mittelfristig eine Chance, dass reiche Industrieländer ein Eigeninteresse für den Aufbau einer gerechten Weltrechtsordnung entwickeln. Wir sehen die Anfänge in der ersten Bewilligung und geplanten Investitionen der EU und von EU-Staaten für öffentliche Güter in Ländern außerhalb Europas, die Flüchtlinge aufnehmen: Magrebstaaten, Libanon, Jordanien, Türkei,... Dies kann durchaus auch aus langfristigem Eigeninteresse und dennoch im Sinne globaler Gerechtigkeit geschehen, wenn es nur der Verbesserung der Lebenssituation armer und unterdrückter Menschen in diesen Ländern dient. Die einfache Kausalität ist nämlich folgendermaßen: *Wenn reiche Länder wollen, dass die Armen sie nicht überfluten, sollten sie dafür sorgen, dass es ihnen da gut geht, wo sie leben, so dass es keine Anreize gibt, die*

Heimatländer zu verlassen. Das bedeutet, dass die Bekämpfung von politischen, sozialen und ökonomischen Fluchtursachen ebenso wie eine globale Ökologiewende bereits aus Eigeninteresse vordringlich vorangetrieben werden müssen.

Auch aus rein christlich uneigennütigen Motiven gibt es pragmatische Vorschläge, die eine ähnliche Zielsetzung verfolgen. Ich will nur einige wenige nennen: Da das Wachstum der Weltbevölkerung als Hauptursache für Armut gilt, will der Club of Rome eine Eindämmung des weltweiten Bevölkerungswachstums durch die Belohnung von Frauen mit einem oder keinem Kind erreichen (2016) und schlägt weiterhin eine Grundkapitalausstattung für jeden Erwachsenen vor. Ebenso wird eine globale CO 2 Steuer vorgeschlagen, um Emissionen und fossilen Rohstoffverbrauch zu reduzieren (Edenhofer). Die globale Ächtung von totalitären Regimen durch Abbruch wirtschaftlicher Beziehungen oder eine globale Rohstoffdividende wird vorgeschlagen (Pogge). Wachstum sei nur noch ethisch in Entwicklungs- und Schwellenländern zu rechtfertigen (Papst Franziskus, *Laudato Si*). Er fordert einen Abschied von blinder Marktgläubigkeit zugunsten einer ganzheitliche Humanökologie (*Laudato Si*). Er ermutigt dazu die Menschheit als „universale Familie“ (89) zu sehen sowie den Gesamtzusammenhang von Mensch und Natur, Wirtschaft und Kultur wiederzuerkennen.

3. Gerechtigkeitstheoretische und sozialetische Reflexionen

Die gerechtigkeitstheoretische Reflexion führt zu ähnlichen Handlungsempfehlungen, versucht nur noch ethisch differenzierter zu begründen. In der Zukunftsdebatte über globale Gerechtigkeit ist zu klären, wie weit globale Verantwortung reicher Industriestaaten und globaler Unternehmen als Akteure globaler Gerechtigkeit reichen muss und welche rechtsverbindlichen Kriterien sie erfüllen sollten. Sozialetisch würden wir von Seiten der christlichen Ethik bestimmen müssen, was die Sozialprinzipien der Subsidiarität und Solidarität in der Praxis auch an politischen, ökologischen und ökonomischen Handlungsinitiativen nach sich ziehen müssen.

Hierzu nur ein Aspekt: In der Tradition katholischer Soziallehre ebenso wie in jeder Sozialen Marktwirtschaft sowie im Politischen Liberalismus von John Rawls ist Eigentum sozialpflichtig. Insofern wären überproportional große Vermögen deutlich stärker zu besteuern im Sinn einer **globalen Solidaritätsreserve** (nie nur nationale Umverteilung in reichen Ländern, sondern globale Kapitaltransfersteuer, Tobin-Steuer, globale Vermögenssteuer, globale CO 2 Steuer). Weiterhin ist jede Art von Wohlstandschauvinismus zu vermeiden: Zölle, Einfuhrbeschränkungen, Steuereskalation, Steueroasen, Kapitalflucht... Letztlich ist eine interdependente Vernetzung und

Inklusion ärmster Länder nicht nur eine Frage der Moral, sondern eine Frage der Schaffung einer institutionellen globalen Rechtsordnung und ihrer steten, verbindlichen und verlässigen Organisation durch einen erstmals zu begründenden **Weltgesellschaftsvertrag**, der auch die Akzeptanz der Armen finden muss.

Gerechtigkeitstheoretische Grundsätze eines solchen Vertrages sind nicht ohne volkswirtschaftliche Daten sinnvoll: So lässt zwar nachhaltiges globales Wachstum absolute Armut langsam zurückgehen, aber eine egalitäre Verteilung innerhalb von Volkswirtschaften ist wohlstandsförderlich (Klasen 2014) und damit auch ergänzend notwendig. Erst eine schnelle Erhöhung der Kapitalausstattung in Entwicklungsländer würde den Time-lag überwinden, der noch viele unnötige Todesopfer fordern wird. Insofern müssen die Favorisierung einer stärkeren wirtschaftlichen Entwicklung in ärmsten Ländern und ein stärkerer globaler Ausgleich zur personenbezogenen Armutsbekämpfung zentrales Ziel der christlichen Sozialethik bleiben. Diesbezüglich ist das Verteilungsziel neben dem nachhaltigen Wachstumsziel innerhalb von Entwicklungsländern enorm wichtig, da gerade dort die Ungleichheit sehr groß ist und eine Zunahme des Volkseinkommens nicht automatisch auch zu einer Besserstellung der einheimischen Armen führt. Es kommt allzu oft zu Wachstum ohne eine breite Wohlstandspartizipation. Bei mangelnder distributiver Politik in einem Land kann eine ganze Generation zu den Verlierern des Wachstumsprozesses zählen, was man dann „growth without development“ nennt (Easterly). In der Folge zu großer Ungleichheit innerhalb von Ländern nimmt darüber hinaus die politische Instabilität zu, was wiederum die Erfüllung positiver, nachhaltiger Wachstumsziele in armen Ländern erschwert. Für die Beurteilung von Armut ist nämlich nicht nur die Verteilung des Einkommens relevant, sondern auch die Verteilung des Zugangs zu Dienstleistungen der nationalen Gesellschaft wie Gesundheits- und Bildungseinrichtungen und zur öffentlichen Infrastruktur.

Universal gedacht, wäre die analoge Hypothese nun, dass dies auch auf globaler Ebene gilt und eine stärkere egalitäre globale Verteilung von Wohlstand positiv für Armutsreduktion ist. Hierfür gibt es allerdings noch kaum empirische Studien und Belege, so dass der Imperativ für eine größere Verteilungsegalität zunächst einmal eine Hypothese ist, die es auch durch empirische Studien zu erhärten gilt.

Derartige Annahmen der ökonomischen Vorteilhaftigkeit größerer globaler Egalität sprechen eindeutig gegen einen rein libertären Liberalismus. Sie entsprechen jedoch auch nicht der Fundamentalkritik von Papst Franziskus an der Wirtschaft als Nullsummenspiel und seinem Vorschlag, dass eine bessere Verteilung nur durch Teilen entsteht; auch entstehen durch einen

blanken Verzicht auf Wachstum in der westlichen Welt noch lange keine Vorteile für die weniger entwickelten Ökonomien. Was hingegen der derzeitige Papst richtig sieht ist, dass globale Wirtschaft verstärkt in den Dienst ökologischer Nachhaltigkeit und humaner Würde zu stellen ist und insofern Wirtschaft und Politik unbedingt stärker einer „Option für die Armen“ verpflichtet sein sollten. Insofern werden die Favorisierung einer stärkeren wirtschaftlichen Entwicklung in ärmsten Ländern und ein stärkerer globaler Ausgleich zur personenbezogenen Armutsbekämpfung, verbunden mit einer globalen ökologischen Wende zentrales Ziel der christlichen Sozialethik bleiben. Wir vertreten einen christlichen Kosmopolitismus mit dem Ziel einer nachhaltigen Beteiligung aller.

Aus christlicher Perspektive ließe sich daher ein globales Differenzprinzip begründen, das die theologische Option für die Armen einem strengen entwicklungsethischen Kriterium unterstellt. Es lautet: Globale Ungleichheiten sind nur dann zu rechtfertigen, wenn sie den global am wenigsten begünstigten Person den größtmöglichen Nutzen bringen. Zusätzlich wäre eine globale, subsidiäre Rechtsordnung mit einem Verteilungs- oder Investitionsprinzip bis zu dem Punkt sinnvoll, zu dem Völker Armutsvermeidung, objektives Wohlergehen und globale Beteiligung ihrer Mitglieder selbst organisieren können.

Im Sinne einer christlichen Theorie der Gerechtigkeit müsste das individuelle Wohlergehen aller Mitglieder der Menschheitsfamilie subsidiär begleitet und in die Verantwortung der Staatengemeinschaft sowie Weltgesellschaft gelegt werden, wenn und insofern die institutionelle Selbstorganisation von Gesellschaften versagt. Diese Verantwortung entspricht einer entwicklungsethischen Ausweitung einer Responsibility to Protect (UNO) durch die jeweils größere politische Einheit und letztlich durch die Völkergemeinschaft. Ein christlich subsidiärer Kosmopolitismus ist somit ein Imperativ auf nachhaltige Beteiligung der Armen und Unterdrückten an der Weltgesellschaft und auf Partizipation an Reichtum und einem lebenswürdigen Wohlstandsniveau. Global gerecht ist für Christliche Sozialethik stets das, was die Ärmsten und Unterdrückten in ihrem objektivem Wohlbefinden am meisten befähigt und befördert, aber auch von ihnen selbst bejaht und gewünscht wird. Dazu gehört sicherlich eine deutlich bessere globale Verteilung von Grundgütern, Grundrechten, Grundfähigkeiten, öffentlichen Gütern, Einkommen und Vermögen, um objektives Wohlbefinden bei allen - über die reine Suffizienz hinaus - zu steigern. Dies gilt allerdings immer nur im Einklang mit ökologischer Nachhaltigkeit für alle.

Um diese Ziele, die alle machbar wären, zu erreichen, müssten wir allerdings globale Institutionendefizite abbauen: Die internationale Handelsordnung ist nach wie vor diskriminierend

gegenüber Entwicklungsländern (Agrarprodukte oft von der Liberalisierung ausgenommen, es gibt Machtungleichgewichte): Weiterhin gibt es ein ordnungspolitisches Dilemma, weil kurzfristige Gegensätze zwischen konstitutionelles Interessen und privaten Interessen einzelner existieren (z.B. Migration). Es existieren wirtschaftliche und politische Machtasymmetrien und Marktmacht. Nach wie vor beobachten wir Protektionismus: eskalierende Zölle, Handelsbeschränkungen, Agrarsubventionen, Einfuhrbeschränkungen. Um das zu ändern, müsste das Bewusstsein erst wachsen, dass es einen neuen globalen Gesellschaftsvertrags bedarf, um das global strukturelle Defizit im Sinne der Armen zu beheben.

Operational wären hierzu funktionsspezifische Organisationen notwendig (Wiemeyer, Sautter): Int. *Wettbewerbsordnung* (WTO als int. Kartellbehörde, globales Wirtschaftsrecht, freier+fairer Wettbewerb), Reform des Weltwirtschafts- und Finanzsystems, z.B. *World Financial Institution* (WFI) mit *World Reserve Fund* (WRF), die bessere Vermeidung von Finanzkrisen (IWF); Finanztransaktionssteuer, Ächtung von Rohstoffen aus Diktaturen, Stabilisierung der Nahrungsmittelmärkte (Globale Reserven). Int. *Sozialinstitution* (WSO): *Schwellenwerte* für alle Armen auf subsidiärer Basis und Organisation akuter Not- und Katastrophenhilfe, Ahndung von Sozialdumping + Kinderarbeit (ILO), Ordnung der *Entwicklungszusammenarbeit*: mehr Kapitalstock für Investitionen und Institutionen in den am wenigsten entwickelten Ländern (Weltbank), Globale und konzertierte *Ökologieordnung* (CO2-Steuer)

Grundsätzlich steht Christliche Sozialethik für eine bessere Institutionen- und Strukturpolitik (Joh. Müller SJ). Die Hauptverantwortung liegt zunächst bei den Entwicklungsländern selbst: Politik unter Einbeziehung der Bevölkerung, soziale Gerechtigkeit, Infrastruktur, Bildung, Gesundheitsfürsorge, eine gute Rechts- und Finanz- u. Sozialordnung, seriöse Geldpolitik, Agrarreformen und strikte Ökologiepolitik wären die Ziele. Die Verantwortung reicher Industrieländer wird durch Öffnung eigener Märkte, den Abbau von Zöllen und Handelshemmnissen, den Verzicht auf Subventionen, durch Schuldenerlass, Finanzhilfen und Unterbinden von jeglicher Art des Protektionismus (z.B. WTO) erreicht. Globale Entwicklungspolitik sollte eine Querschnittsaufgabe sein: gezielte Zusammenarbeit, Bevorzugung von Entwicklungsländern, armutsorientierte Investitionen, Rechtsstaatsdialoge und Anreize für Pro-Poor-Growth sind zu setzen. Darüber hinaus wäre die Globale Umweltpolitik mit dem Ziel einer nachhaltigen Entwicklung durch das Ziel einer universalisierbaren Lebens- und Produktionsweise wesentlich.

Die Christliche Sozialethik hat hierfür einige Kriterien vorgeschlagen, die an dieser Stelle leider etwas futuristisch wirken. Aber Sie wissen ja, dass die katholische Kirche in Jahrhunderten denkt

und immer einen gewissen Heilsoptimismus hat: Wir sehen klar, dass keine Lösung des Entwicklungsproblems auf national-staatlicher Ebene möglich ist, sondern dass es sich um eine kollektive Aufgabe der Völkergemeinschaft handelt. Die Päpste sind hier wohl die wenigen, die keine Angst davor haben, eine weltpolitische Autorität für eine gerechtere Weltordnung vorzuschlagen, die subsidiär und polyarchisch (*Päpstl. Rat für Gerechtigkeit und Frieden 2011 und Caritas in Veritate, Laudato Si*) sein sollte. Strukturelle und einklagbare Rahmenbedingungen im Sinne eines Menschenrechtes auf Entwicklung (*vgl. bereits Sozialpakt der UNO von 1966*) werden unterstützt, die im Rahmen einer weltwirtschaftlichen Ordnungspolitik geschaffen werden sollten, um zumindest einen sozialen Ausgleich für die unterste Milliarde der Menschheit zu schaffen. Die Weltwirtschafts- und Finanzordnung gilt in der Christlichen Soziallehre als universales öffentliches Gut bzw. Gemeingut (Universal Public Good, *vgl. Caritas in Veritate 2009, 57*), die es zu verbessern oder eigentlich erst wirklich aufzubauen gilt.

Gerade durch Papst Franziskus haben wir eine armutsorientierte Wende in der globalen Ethik zu verzeichnen. Auch wenn Soziallehre schon lange einer „Option ... für die Armen“ (SRS 42, CA 28) folgt, fokussiert gerade Papst Franziskus Wirtschaftsethik radikal auf die Inklusion der Armen hin (auch Unterdrückte, an den Rand gedrängte; EG 197-202). Neu ist, dass der Papst die Beweispflicht umdreht und sagt, dass das Wirtschaftssystem nur Legitimität erhält, wenn es armutsreduzierend und egalisierend wirkt. Arme werden zum Prüfstein für die Gerechtigkeit der Wirtschaft, sind „Subjekte und Ziel“ der Wirtschaft (EG 203) + Vorbild (198). Er spricht von einem Systemwandel: „Vorrang des Lebens“ vor Aneignung von Gütern, Armen soll zurückgegeben werden, was ihnen zusteht (EG 188-9). Seine Ziele sind „Wachstum in Gerechtigkeit“ (EG 204) und „Wohlstand aller“ (EG 206). Konkret heißt das, dass jeder Mensch Rechtsansprüche auf Grundgüter (Nahrung, Wasser, Behausung...) haben muss, dass reine Subsistenzrechte nicht ausreichen; dass Grundrechte sittlichen Freiheitsvollzuges für alle nötig (kulturell, sozial, politisch...) wären und dass die Kriterien der Befähigung und Beteiligung aller Menschen als Voraussetzung ihrer ganzheitlichen Entwicklung (SRS 32,1) zu sehen sind.

Bereits der zweite Korintherbrief, Kapitel 8, Vers 3 besagt: „Denn es geht nicht darum, dass ihr in Not geratet, indem ihr anderen helft; es geht um einen Ausgleich. Im Augenblick soll euer Überfluss ihrem Mangel abhelfen, damit auch ihr Überfluss einmal eurem Mangel abhilft. So soll ein Ausgleich entstehen.“ Ziel jeglichen globalen Handelns in christlicher Verantwortung muss deshalb die Solidarität mit denjenigen Menschen sein, die am meisten benachteiligt sind, frühzeitig versterben oder gar keine Lebenschance erhalten, nämlich die unterste Milliarde. Globale Gerechtigkeit im christlichen Sinne besteht grundsätzlich darin, globale Wirtschaft und Politik als Mittel zur Humanisierung einzusetzen, so dass die Armutsfalle an der Basis der

Pyramide überwunden wird und ein globaler Ausgleich durch Fokussierung auf die unterste Milliarde geschieht.

Dies ist keine prophetische Sozialkritik im Sinne radikaler Systemkorrekturen, sondern sozialrealistische, kritisch marktwirtschaftliche, jedoch humanitätsorientierte Ethik globaler Gerechtigkeit, die auf Akzeptanz, Bewusstsein und politischen Willen setzt. Es wäre keine Lösung in diesem Sinne, das Armuts- und Unterdrückungsproblem über das Asylrecht hinaus auf europäischem Boden zu lösen. Vielmehr muss es auch im Sinne der Christlichen Sozialethik in den Ländern selbst gelöst werden, in denen es besteht. Nur haben wir durch den globalen Migrationsdruck erstmals einen eigenmotivierenden Grund zur globalen Zusammenarbeit im Sinne der Armen. Sie ist jetzt nicht mehr nur eine christliche Utopie, sondern bekommt handfeste eigennützige Gründe in westlichen Wohlstandsgesellschaften, wenn sie denn langfristig genug denken. Die Isolation und der Protektionismus sind keine machbaren Alternativen in einer globalen Welt, die digital, informationstechnisch und mobilitätstechnisch so vernetzt ist, dass wir eigentlich keine Alternative mehr haben, als Gerechtigkeit mit globaler Reichweite zu praktizieren.

Letztlich wird diese Annäherung an eine gerechtere Welt jedoch erst dann eintreten, wenn wir uns alle, insbesondere die privilegierten Europäer, die wir sind, so sehr als Kosmopoliten begreifen, dass wir wie Kant bereits Ende des 18. Jahrhunderts das Unrecht an einem anderen Platz der Erde fühlen, so dass uns der Schmerz über das Leid anderer handeln lässt – nicht nur aus christlicher Nächstenliebe, sondern aus dem Bewusstsein heraus, dass jeder Mensch einen rechtsethischen Anspruch auf ein menschenwürdiges Leben hat. Globale Gerechtigkeit kann insofern nicht ausschließlich christlich beantwortet werden, sondern ist Teil einer normativen Universal-moral, die pluralismusfähig ist und von allen Menschen guten Willens bejaht werden kann, so dass wir nur in der Zukunft noch den Weg vom Sollen zum Wollen beherzt beschreiten müssen.